Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 559

Bezugspreis: Mk. [illegible] und answärtig. Bezieher monatlich Mk. 7.46, vierteljährlich Mk. 22.38 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe — Dienstag, 14. Dezember

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 4. M. [illegible] 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 M. Bei [illegible] Zahlungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Fernrufe 7801 abends von 7 Uhr an Redaktion: 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. [illegible] Staeve Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Zwei deutsche Noten

Die deutsche Regierung beantragt mündliche Verhandlungen über die Art der Volksabstimmung in Oberschlesien — Eine neue Entscheidung über Eupen und Malmedy beim Völkerbund gefordert

Die Abstimmungsantwortnote

W. T. B. meldet:

Der deutsche Botschafter in London hat am 11. Dezember nachstehende Note dem englischen Premierminister übergeben:

Die Deutsche Regierung hat den Vorschlag, den ihr der Britische Premierminister im Namen der Britischen, der Französischen und der Italienischen Regierung wegen der Abstimmung in Oberschlesien gemacht hat, einer eingehenden Prüfung unterzogen und beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern:

Der Friedensvertrag gibt Deutschland den Anspruch auf eine Gewähr dafür, daß bei der Volksabstimmung in Oberschlesien der Wahlakt sich **frei, unbeeinflußt und geheim vollzieht**, und daß jede unterschiedliche Behandlung der eingesessenen und der außerhalb Oberschlesiens wohnenden Stimmberechtigten von vornherein ausgeschlossen sei. **Diesem Anspruch kann nur durch volle Einheitlichkeit des Wahlaktes genügt werden.** Der Grundsatz der Einheitlichkeit des Wahlaktes ist denn auch dem Orte wie der Zeit nach bei den Abstimmungen in Schleswig sowie in Ost- und Westpreußen auf Grund der Art. 95 und 100 des Friedensvertrages streng durchgeführt worden. Diese Artikel decken sich insoweit **völlig mit den Bestimmungen des § 4 der Anlage zu Art. 88.** Der Botschafterrat hat überdies den Grundsatz der Einheitlichkeit des Wahlaktes anläßlich der Ablehnung des Antrages, in Ostpreußen zwei getrennte Urnen einzuführen, ausdrücklich als maßgebend anerkannt. Ebenso geht aus der Note vom 30. November hervor, daß sich die Britische, die Französische und die Italienische Regierung gleichfalls zu diesem durch den Friedensvertrag und seine bisherige Anwendung festgelegten grundsätzlichen Standpunkt bekennen.

Die Deutsche Regierung erkennt gern an, daß der ihr gemachte Vorschlag von der wohlmeinenden Absicht ausgeht, Unruhen zu verhüten, die bei Gelegenheit der Abstimmung in Oberschlesien eintreten könnten. Sie kann diese Absicht nur mit Genugtuung begrüßen. Sie weiß auch die große Verantwortung zu würdigen, die die drei Regierungen mit der Aufgabe übernommen haben, die freie, unbeeinflußte und geheime Stimmenabgabe zu sichern und das ihrem Schutze anvertraute Oberschlesien in den Tagen der Abstimmung vor Gefahren zu schützen. Geleitet von dem Bestreben, den Mächten ihre Aufgabe zu erleichtern, ist die deutsche Regierung bereit, **das in der Note vom 3. November aufgeworfene Problem einer erneuten sachlichen Prüfung zu unterziehen.**

Die deutsche Regierung gestattet sich, hierbei darauf hinzuweisen, daß der Vorschlag der Mächte großen technischen Schwierigkeiten in bezug auf Transport, Unterbringung usw. begegnen müßte. **Sie macht ferner darauf aufmerksam, daß nach Ziffer 6 der Note das Ergebnis der Volksabstimmung nicht „gekannt" werden darf, bevor nicht alle von den eingesessenen und auswärtigen Berechtigten abgegebenen Stimmen vereinigt worden sind. Es ist höchst zweifelhaft, ob dabei eine Differenzierung der Stimmberechtigten und eine Verletzung des Grundsatzes der Geheimhaltung völlig ausgeschlossen werden kann.**

Die deutsche Regierung glaubt, daß sie durch eine mündliche Aussprache am schnellsten die Möglichkeit erlangen würde, zu den in der Note aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Sie beehrt sich demgemäß anzuregen, **baldmöglichst eine Besprechung von Vertretern derjenigen Regierungen stattfinden zu lassen, von denen der Vorschlag ausgegangen, und an die er gerichtet ist.**

Die deutsche Regierung bittet den britischen Herrn Premierminister, diese Anregung auch an die französische und italienische Regierung weitergehen zu wollen.

Die Eupen-Malmedy-Abstimmung ungültig

Die deutsche Regierung hat eine Note an den Generalsekretär des Völkerbundes in Genf überreicht, in der **Einspruch gegen die Entscheidung über Eupen und Malmedy erhoben wird.** Die deutsche Regierung fordert **Ungültigkeitserklärung der unter dem Druck der belgischen Behörden vorgenommenen Volksabstimmung.**

In dieser Note wird an der Hand eingehender rechtlicher und tatsächlicher Ausführungen und unter Aufbringung neuen Urkundenmaterials nachgewiesen, daß der bekannte, die Kreise Eupen und Malmedy endgültig Belgien zusprechende Vorschlag des Völkerbundsrates auf ungenügenden Voraussetzungen beruht. Besonders ausführlich ist der Nachweis bei der Frage, ob die Freiheit der Stimmenabgabe beeinträchtigt ist oder nicht. Der Völkerbundsrat hatte diese Frage bejaht und das zum Beweis des Gegenteils vorgelegte Material als unmaßgebliche und ungenaue Erklärungen unter Berufung auf Ausführungen, die den Tatsachen widersprechende Informationen des Völkerbundes klar erkennen lassen, hingestellt.

Die deutsche Regierung erklärt, daß sie den **Beschluß des Rates nicht anerkennen könne.** Die Note fährt sodann fort: Der Rat des Völkerbundes hat angeblich erklärt, daß seine **Entscheidung anders lauten würde, wenn bewiesen werde, daß das Ergebnis der Volksbefragung durch Einschüchterungs- und Druckmittel bestimmt worden sei. Diese Beweise sind erbracht.** Gestützt auf diese Beweise erwartet die deutsche Regierung, **daß die rechtlich und vertragswidrige Volksabstimmung, wie sie von den belgischen Behörden gehandhabt wurde, als ungültig erklärt und der Bevölkerung die Möglichkeit einer wahrhaft freien Willensäußerung gegeben wird.** Die deutsche Regierung gibt sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß der Völkerbund zu diesem Zweck seine Maßnahmen treffen wird. Sie knüpft daran die dringende Bitte, daß auch ihr Gelegenheit zur Auskunftserteilung gegeben werde und daß, wenn irgend möglich, der Völkerbund eine Kommission in die Kreise entsenden werde, um sich aus eigener Entscheidung ein Bild über die wahre Stimmung der Bevölkerung zu verschaffen. Dies ist auch der lebhafte Wunsch der Bevölkerung selbst.

Zwei Noten

Von

Prof. Dr. Axel Frhrn. v. Freytagh-Loringhoven.

Es war kein glücklicher Tag, an dem der frühere Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Herr Dr. Simons, zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt wurde. Die Deutsche Volkspartei hatte ihn auf den Schild erhoben, obgleich er, soviel bekannt, ihr zwar nahe stand, aber nicht zu ihren Mitgliedern gehörte. Sie wollte einen Fachmann in Vorschlag bringen, eine Absicht, die gewiß volle Billigung verdient, die jedoch in diesem Falle nur sehr ungenügend zur Ausführung kam. Denn Herr Dr. Simons war nie Diplomat gewesen, hatte nie etwas mit der politischen Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten zu tun gehabt. Er war Jurist im engeren Wortsinne und hatte als Jurist zu den Fragen Stellung zu nehmen, die ihm vorgelegt wurden. Er hatte also, um das durch ein etwas krasses Beispiel zu veranschaulichen, sich nicht etwa über die Zweckmäßigkeit einer vom Auswärtigen Amt geplanten Kriegserklärung zu äußern, sondern nur darüber, ob diese Kriegserklärung den völkerrechtlichen Formen entspricht.

Herr Dr. Simons hat denn auch bisher sehr wenig Geschick bewiesen. In aller Erinnerung steht noch seine überaus unglückliche Erklärung, die er über die von den Bolschewisten angeblich verrichtete Aufbauarbeit abgab. Beiläufig bemerkt, scheint es jetzt an das Tageslicht zu kommen, aus welcher Quelle er seine Nachrichten über Rußland bezogen hat: ein Bolschewist, namens Goldstein, der sich, ohne auch nur die Landessprache zu beherrschen, ganze vier Wochen in Moskau aufgehalten und dann gleich zwei oberflächliche und verlogene Bücher über Rußland geschrieben hat, soll ihm das Material geliefert haben — es stellt dem Scharfsinn des Ministers kein günstiges Zeugnis aus, daß er sich von einem solchen Manne auf das Glatteis führen ließ.

Ungefähr zu gleicher Zeit gab Dr. Simons noch einige weitere Proben seiner Ungeschicklichkeit. Er empfing unzuverlässige Ausfrager, tat ihnen gegenüber mißverständliche Aussprüche, stellte sie dann in ungeeigneter Form zurecht, kurz, er bewies jedem, der es noch nicht wußte, daß er alles andere, als Diplomat ist.

Dann kam seine bekannte Aeußerung über Südtirol. Er lehnte jeden Gedanken an eine irredentistische Auffassung ab, er sprach von Italienern deutscher Nationalität, er beschwichtigte die italienischen Regierung, daß sie ihren fremdstämmigen Untertanen ein beneidenswertes Los bereite, mit einem Wort, er bewies, daß ihm nicht nur diplomatisches Geschick, sondern auch das Gefühl für nationale Würde fehle. Danach blieb nur übrig zu hoffen, daß er möglichst bald zum Rücktritt veranlaßt werden würde.

Nun wurde bekannt, daß die Entente gegen die Reden protestiert hatte, die er und der Reichskanzler Fehrenbach im besetzten Gebiet gehalten. Die deutsche Presse war darüber nicht unterrichtet worden, aus französischen Zeitungen mußten wir es erfahren. Und wieder wunderte man sich über Herrn Dr. Simons. Das einzig zweckmäßige wäre gewesen, diese erneute Anmaßung der Feinde sofort der deutschen Oeffentlichkeit mitzuteilen, die nicht verfehlt hätte, mit aller Entschiedenheit Widerspruch zu erheben. Nur so konnten auch die neutralen Länder für unsere Auffassung gewonnen werden. Das Verbalten des Herrn Dr. Simons dagegen ließ der feindlichen Propaganda auch in diesem Einzelfalle wieder freie Bahn. Erst hier die neutrale Presse von den Vorgängen zuerst aus englischen und französischen Zeitungen, so ließ sie sich naturgemäß auch durch deren Beurteilung des Falles beeinflussen und die verspäteten deutschen Darstellungen mußten wirkungslos verhallen.

Es schien also wieder einmal alles verdorben zu sein, was sich überhaupt verderben ließ, und mit einem Gefühl völliger Hoffnungslosigkeit sah man der angekündigten Antwortnote unserer Regierung entgegen. Unter diesen Umständen bedeutete es eine angenehme Enttäuschung, als nun der Text dieser Note bekannt gegeben wurde. Gewiß ist sie außerstande, die Lage irgendwie zu unseren Gunsten umzugestalten. Die Entente wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf ihrem Willen beharren und wird die ungehörige Forderung aufrechterhalten, daß die Vertreter der deutschen Regierung auf deutschem, wenn auch zurzeit besetzten Grund und Boden sich einer Kontrolle durch die feindlichen Behörden unterwerfen, wenn sie zur deutschen Bevölkerung in Beziehung treten wollen. Aber immerhin betont die Note in ruhiger und würdiger Form, daß die Regierung es ihrem pflichtmäßigen Ermessen vorbehalten muß, ob und wann sie es aus Gründen der inneren Politik für erforderlich erachtet, daß Reichsminister sich von den Verhältnissen im besetzten Gebiet persönlich überzeugen und Fühlung mit der rheinischen Bevölkerung nehmen. Das ist schon viel wert und ist mehr, als man nach allem Vorangegangenen erwarten durfte.

Nur in Genf

Die fünfte Kommission beschloß, hinsichtlich Armeniens die gleichen Maßnahmen wie gegenüber den baltischen Staaten zu treffen.

Rowell (Kanada) sagte, er sei ermächtigt, zu erklären, daß über die Aufnahme neuer Staaten in den Völkerbund nach Ansicht seiner Regierung in Genf und nicht in London, Paris oder Rom entschieden werde. Die Erklärung von Rowell wurde durch Nansen und Lord Robert Cecil unterstützt.

Dieselbe Kommission beschloß, den baltischen Staaten, deren Aufnahme vorläufig abgelehnt wurde, die Beteiligung an den technischen Organen des Völkerbundes zu ermöglichen und der Internationalen Arbeitskonferenz zu empfehlen, ihnen auf ihr Ersuchen Zutritt zur Internationalen Arbeitsorganisation zu gewähren. Auf Antrag von Fisher (England) wurde beschlossen, Georgien vorläufig nicht in den Völkerbund aufzunehmen, ihm dagegen die gleichen Vorteile wie den baltischen Staaten zu gewähren.

Vor der Brüsseler Konferenz

× Paris, 13. Dezember.

Ueber die morgen in Brüssel beginnende Konferenz der Sachverständigen in der Entschädigungsfrage schreibt das „Journal", daß die französischen Delegierten Herr Seydoux, Unterdirektor im Auswärtigen Amt, und Herr Chenson, Finanzinspektor, Fachleute seien, welche sich seit 18 Monaten mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands befaßt haben. Man darf befürchten, daß Frankreich gegenüber den deutschen Delegierten der Schwächere sein werde, denn in Brüssel sollen französische die deutschen Vorschläge entgegengenommen haben. Schon die Anwesenheit von Herr Siemens zeige, daß man uns Entschädigungen in Natura bieten will. Siemens ist ein Großindustrieller, er wird da sein, um von Konstruktionen, Maschinen, elektrischen Einrichtungen und Verfügungstellung von deutschen Arbeitskräften zu sprechen. In solchen technischen Fragen hätten wir gleichfalls einen kompetenten Mann entgegenzusetzen. Es scheint, daß die Entschädigungen in Natura, die früher von der Entente verworfen wurden, jetzt von den Alliierten günstiger beurteilt werden. Die Möglichkeit, daß Deutschland mit Gold bezahlen wird, erscheint immer schwieriger. Im Frühjahr 1918 hatte unsere Finanzverwaltung eine Schätzung des jährlichen Gesamtgewinnes Deutschlands vorgenommen. Man schätzte damals die Zunahme des deutschen Reichtums jährlich auf 10 Milliarden. Die militärische Niederlage hat diese Berechnung umgeworfen, und in allen Dokumenten, welche der Entente mitgeteilt wurden, bediente sich Deutschland dieses Arguments. „Ich habe keine Kolonien mehr, keine Handelsmarine, habe meinen Platz auf dem Weltmarkt verloren, mir fehlen Eisenerze, meine Handelsbilanz ist heute passiv. Ich kann nur zahlen, wenn ich wieder aktiv werde", so sagen heute die Deutschen.

Eine „Gemeinschaft der Völker"

W. New-York, 13. Dezember.

Der neugewählte Präsident Harding hat Brand ersucht, ihm seine Ansichten über die von ihm geplante Gründung einer Gemeinschaft der Völker mitzuteilen. Der Präsident des Hilfsausschusses für Europa, Hoover, hat einen Aufruf an die verschiedenen Kirchen der Vereinigten Staaten erlassen, Sammlungen zugunsten der notleidenden Kinder in Mitteleuropa zu veranstalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192012141-10/fragment/page=0001

Fast gleichzeitig mit dieser Note ist eine Auslassung der Regierung zur Entwaffnungsfrage dem General Nollet überreicht worden. Hier wird darauf hingewiesen, daß alles geschehen sei, was billigerweise verlangt werden könne. Die Entwaffnung sei im ganzen Reiche durchgeführt. Nur für Bayern und Ostpreußen müsse eine Ausnahmestellung beansprucht werden. Dort machten es die Erfahrungen des Frühjahrs 1919, hier die Bedrohung durch die russischen Bolschewisten unmöglich, der ordnungliebenden Bevölkerung die Waffen abzunehmen. Erst wenn die Verhältnisse sich gebessert haben würden, würde es möglich sein, auch in diesen Gebieten die Entwaffnung durchzuführen.

Man darf wohl erwarten, daß die Regierung in dieser Sache dieselbe Festigkeit zeigen werde, wie bei der Zurückweisung des feindlichen Einspruchs gegen Ministerreden im besetzten Gebiet. Das kluge und entschiedene Verhalten des bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr sollte der Regierung ein Beispiel sein, wie man deutsche Interessen der Entente gegenüber vertreten kann. Bisher hat die Reichsregierung hier wenigstens noch nichts verdorben, und das Auswärtige Amt hat es verstanden, in diesem Falle eine Form zu finden, gegen die nichts einzuwenden ist.

Es ist bezeichnend für die heutigen Verhältnisse, daß man schon dann eine gewisse Befriedigung empfinden muß, wenn die deutsche Regierung sich im Verkehr mit fremden Staaten nicht bloßgestellt hat. Aber damit müssen wir uns nun einmal abfinden. Deshalb dürfen und müssen wir von den zwei neuesten Noten mit einem gewissen Aufatmen Kenntnis nehmen. Und vielleicht dürfen wir sogar die Hoffnung in uns keimen lassen, daß das Auswärtige Amt unter seiner gegenwärtigen Leitung endlich gelernt hat, daß wir mit Liebedienerei der Entente gegenüber garnichts erreichen und daß die Aufrechterhaltung unserer nationalen Würde nicht nur eine sittliche Pflicht gegen uns selbst ist, sondern uns auch greifbaren Nutzen bringt. Vielleicht hat Herr Dr. Simons endlich erkannt, daß seine bisherige Politik von Grund auf verfehlt war, vielleicht hat er gar von dem Beispiel Griechenlands und Argentiniens gewerkelt, die es trotz ihrer Schwäche gewagt haben, offen gegen die übermächtige Entente aufzutreten.

Das ist wenig genug. Aber wenn es anträte, könnten wir der nächsten Zukunft mit einer gewissen Ruhe und Sicherheit entgegensehen.

Der Zentrumsparteitag

Im Sitzungssaal der Preußischen Landesversammlung begann am Sonntag vormittag der erste Parteitag der Preußischen Zentrumspartei. Den Verhandlungen ging ein Gedächtnisgottesdienst anläßlich des Jubiläums des 50jährigen Bestehens der Preußischen Zentrumsfraktion in der Kapelle der Grauen Schwestern in der Niederwallstraße voraus.

Um 10 Uhr wurden die Beratungen durch eine Ansprache des Vorsitzenden der Landtagsfraktion Geh. Justizrat Dr. Porsch eröffnet. In knappen, kurzen Umrissen entwickelte er die Gründung und die politische Fortentwicklung der Zentrumsfraktion in den letzten fünf Decennien, um dann auf die Ziele und Forderungen des Zentrums im neuen Preußen näher einzugehen. Die preußische Zentrumsfraktion verlange für die katholische Kirche keine Vorrechte. Sie sei bereit, die Freiheit des Gewissens auch allen anderen Fraktionen zu gewähren. Der Redner beleuchtete dann die Notwendigkeit einer Koalition der Regierungsparteien auch in Preußen und erklärte, daß das Zentrum trotz mancher Bedenken im Interesse des Vaterlandes doch bereit sei, mit den Regierungsparteien einen festen Block zu schaffen, allerdings unter voller Wahrung seiner Grundsätze und Interessen.

Das erste Referat „Preußens Verfassung und Wahlgesetze" hielt M. d. R. und d. L. Prof. Dr. Lauscher. Abgeordneter Herold unterzog das preußische Wahlrecht einer längeren kritischen Betrachtung und stellte fest, daß es gegen früher nicht allzu viel Erleichterungen gebracht habe.

In der Nachmittagssitzung erstattete Staatssekretär Wildermann, M. d. L., ein Referat über „Kirche und Schule". Er gab einleitend ein Bild des neuen Kulturkampfes und wandte sich dabei mit besonderer Schärfe gegen die Rechtsparteien und gegen Auslassungen des „Reichsboten" und der „Täglichen Rundschau". Dem deutschnationalen Prof. Hoetzsch müsse das Zentrum für die Erklärung dankbar sein, daß in dieser Partei die politische Vertretung der deutschen Katholiken zu erblicken sei. Die katholischen Geistlichen müßten grundsätzlich den evangelischen gleichgestellt werden, denn der Staat mecht auch bei den anderen Beamten zwischen verheirateten und unverheirateten keinen Unterschied. Damit die Kinder im Glauben der Eltern erzogen werden können, ist es notwendig, daß ein Reichsschulgesetz oder ein Notgesetz bald verabschiedet werde. Nur so werden die ewigen Schulstreiks ein Ende finden. — Der Landtagsabgeordnete Parteisekretär Gronowski sprach dann über das Thema „Zentrum und Gemeinschaftsgedanke".

Am Anschluß daran hielt Staatsminister Stegerwald eine programmatische Rede. Er verwies auf seine Ausführungen auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß in Essen, wo er seine Gedanken über das politische Leben der Zukunft in Deutschland entwickelt hatte. Der Minister betonte, daß er in nationalen und kulturellen Fragen rechts stehe, in wirtschaftlichen und sozialen Fragen müsste erst einmal definiert werden, was in der nachrevolutionären Zeit als rechts oder links anzusehen ist. Stegerwald will der materialistischen und mammonistischen Grundstimmung überall da entgegentreten, wo sie sich zeigt. Der Minister interpretierte dann in ausführlicher Weise seine Ausführungen in Essen und forderte dann, daß sich die breiten Kreise der Zentrumslehrer in zweifacher Hinsicht umstellen und vertiefen müssen, sowohl auf staatspolitischem wie auf sozialem Gebiet. Alle Zentrumswähler werden sich künftig ohne jeden Vorbehalt auf staatsbejahenden Boden stellen müssen. Die Zentrumswähler müssen weiterhin zu einem tiefgreifenden Gemeinschaftsgedanken erzogen und gewonnen werden. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist berufen, den Klassenkampf von unten zurückzudrängen. Die Partei der deutschen Erneuerung dagegen hat die Aufgabe, eine tiefgreifende soziale Gesinnung in allen Volkskreisen zu pflegen.

Die gestrige Vormittagssitzung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Als einziger Punkt der Tagesordnung stellen Organisationsfragen der Zentrumspartei behandelt werden.

Der demokratische Parteitag

Am Verlauf der Sonnabendsitzung formuliert der bayerische Minister Hamm folgende Programmpunkte der demokratischen Partei:

1. Das Höchstziel unseres politischen Denkens und Handelns ist uns, die Einheit aller Deutschen in einem festgefügten deutschen Staat zu erringen, zu behaupten und zu vertiefen zum Schutze des deutschen Volkes gegen äußere Bedrohungen, zur Pflege seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt und zur Entfaltung seiner Seele in Leben, Gesinnung und Gestitung.

2. Dieser Staat kann nach dem geschichtlich bedingten Wesen des deutschen Volkes kein Staat ausschließender Einförmigkeit und zentralistischer Verwaltung sein, gemäß den verschiedenen besonderen Ausprägungen deutschen Wesens, wie es in Stämmen und Einzelstaaten Ausdruck fand, muß er der Gliederung des Volkes und seiner Selbstverwaltung weitestes Spielraum geben, sich in der einheitlichen Leitung und Verwaltung auf das unbedingt der Einheitlichkeit Bedürfende beschränken und in allem, wie der Freiheit, so auch der organischen Gliederung des deutschen Volkes Rechnung tragen.

3. Es ist deshalb ein Gebot deutscher Staatsgestaltung, die geschichtlich gegebene Gliederung des Reiches in eine Mehrzahl von Ländern im Anschluß an die bisherige Entwicklung und unter sorgfältiger Pflege der darin liegenden Persönlichkeits- und Gesinnungswerte zu erhalten und weiter zu entwickeln.

4. Die Weimarer Verfassung bietet eine entwicklungsfähige Grundlage für solchen Ausgleich der Erfordernisse des Einheit des Reiches und des Eigenlebens seiner Länder. Es ist daher festzustellen namentlich an der Einheit des Reichsheeres, unbeschadet der berechtigten Stammesbesonderheiten und einzelstaatlichen Erfordernisse, der auswärtigen Politik, eines den Reichsbedürfnissen entsprechenden Steuerwesens und — vorbehaltlich einer gesunden Verwaltungsdifferenzierung — des Verkehrswesens, andererseits den Erfordernissen eines regen Eigen- wie Gemeinschaftslebens der Länder.

Notwendig hierzu ist insbesondere:

a) daß die verfassungsmäßige Mitwirkung der Länder beim Erlaß und Vollzug der Reichsgesetze nicht verkürzt, sondern zum vollen Leben gebracht,

b) die Ländergliederung möglichst auch für den Aufbau der Reichsbehörden beachtet,

c) dem Reich ist der Ausübung von Gesetzgebungsbefugnissen eine weite Beschränkung auf das Notwendige und die Sicherung der wesentlichen Grundrechte einzubauten, im übrigen aber, so nomentlich in den Angelegenheiten der Kirche und Schule, der Selbstbestimmung, der Siedelung in den Ländern freier Raum gegeben wird,

d) in der Verwaltung der Reichsangelegenheiten von jeder irgend vermeidbaren Zentralisierung abgesehen und an der Norm der Ausführung der Reichsgesetze durch die Länder festgehalten wird.

b Voraussetzung und Erforderns einer solchen Gestaltung des Reiches ist, daß die Ländergliederung des Reiches an einer verfassungsmäßigen Selbstbestimmung des Volkes organisch zu größerer Klarheit, besonders zur Beachtung der wirtschaftlichen Erfordernisse und gleicher Leistungsfähigkeit entwickelt, in Preußen vor allem die Selbstverwaltung der Provinzen ausgebaut und ihr Anteil an zentralen Angelegenheiten des Staates verstärkt wird und so das Reich zu einer in Geschichte und Selbstbestimmung organisch gegliederten deutschen Demokratie entwickelt wird.

Besoldungsgruppen VIII und IX im Sperrgesetzausschuß

Bei der zweiten Lesung des Sperrgesetzes im Hauptausschuß des Reichstages beantragte Mirath (D. Vp.) § 6, das Einspruchsrecht gegen vom Reichsminister beanstandete Besoldungsvorschriften auf die Regierungen der beteiligten Länder in die Gemeinden zu beschränken, den Zusatz aber fortzulassen, der dieses Recht der Berufung auch den gewerkschaftlichen Berufsvereinigungen gibt. Der Hauptausschuß beschließt demgemäß. Die zweite Lesung des Gesetzes wird alsdann erledigt und der Hauptausschuß tritt in die Besprechung der Abänderungsvorschläge zum Besoldungsgesetz ein, die seitens des Besoldungsausschusses vorliegen.

Zur Besoldungsgruppe VIII beantragen das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten, daß in dieser Gruppe die Eingangsstelle für die nautischen Inspektoren unter der Bezeichnung der Marineinspektoren wiederherzustellen sei. Auch solle die Gruppe VIII folgende Zusätze erhalten: Die bisherigen nautischen Inspektoren werden als Marineoberinspektoren in Gruppe IX eingestuft. Der Hauptausschuß stimmt diesen Anträgen zu. Angenommen wird ferner ein Antrag der Frau Teusch (Z.), in Gruppe VIII Kontrolleure bei der Reichsdruckerei zu streichen und statt Remonteadministrator zu setzen Remonteamtsverwalter.

Es gehören also zu Gruppe Bureauinspektoren als Vorsteher von Bureauabteilungen und in sonstigen Stellen von besonderer Bedeutung, technische und nichttechnische Inspektoren, Bibliothekssekretäre, soweit nicht in Gruppe VII, Registraturvorsteher in Stellen von besonderer Bedeutung, Ministerialregistratoren, Reichsgerichtsregistratoren, Reichsfinanzhofsregistratoren, Konsulatssekretäre bei den Auslandsbehörden in Stellen von besonderer Bedeutung, Marineobermeister, Obermeister bei der Reichsdruckerei, Landmeister, Postmeister als Leiter besonders großer und schwieriger Aemter, Remonteamtsverwalter, soweit nicht in Gruppe IX, Rendant beim Landesvermessungswesen, Oberzeugmeister, Marineoberzahlmeister, Eisenbahningenieure, Maschineningenieure, Marineingenieure, Seekapitäne, Oberinspektoren bei der Seewarte in Stellen von besonderer Bedeutung, Oberlotsen, Kartographen, Tiefenometer, Topographen, Photogrammeter, Magazindirektoren in der Marineverwaltung, soweit nicht in Gruppe IX, Reichsverpflegungsamtsdirektoren und Reichsbekleidungsamtsdirektoren, soweit auch diese beiden Kategorien nicht nach Gruppe IX gehören, Assistenzärzte, Veterinäre, Oberleutnants mit mehr als vier Dienstjahren als solche.

Bei Besprechung der Besoldungsgruppe IX wird ein Antrag Brüninghaus (D. Vp.), den Marinestabszahlmeistern, die am 31. März 1920 im Amt waren, und 20 Jahre Dienstzeit haben, die Bezüge der Gruppe X zuzuwenden, vom Hauptausschuß abgelehnt.

Ein Antrag Deglerk (Dnt.), die Hauptkassenrendanten der Eisenbahnen, Post und der Landesfinanzämter in Gruppe IX zu streichen und der Gruppe X hinzuzufügen, und zwar mit Rücksicht auf die Einstufung der preußischen Landesminister in X, wird abgelehnt.

Brüninghaus (D. Vp.) legt noch einmal die Gründe dar, die für die Einstufung der Hauptleute in Klasse X sprechen. Auch für die aus dem Mannschaftsstande hervorgehenden Offiziere sei es eine Notwendigkeit.

v. Gallwitz (Dnat.) äußert sich in gleicher Weise.

Der Hauptausschuß beschließt jedoch gemäß einem Antrage Steinkopf (Mehrheitssoz.), die Hauptleute und Kompaniehauptleute während der ersten vier Dienstjahre in Gruppe IX einzufügen.

Demnach gehören zu Gruppe IX technische und nichttechnische Oberinspektoren, Bureauvorsteher bei den höheren Reichsbehörden, Ministerialoberregistratoren, Reichsgerichtsoberregistratoren, Reichsfinanzhofsoberregistratoren, Oberlandmesser, Eisenbahnoberingenieure, Maschinenoberingenieure, Marineoberingenieure, Hauptkassenrendanten bei der Eisenbahn, Oberfinanzkassenrendanten, Oberpostkassenrendanten, Oberpostmeister, Oberrevisor und Rendant bei der Reichsdruckerei, Rechnungsdirektoren, Rechnungsrevisoren beim Reichsversicherungsamte, Magazindirektoren bei der Marineverwaltung, Reichsverpflegungsamtsdirektoren, Reichsbekleidungsamtsdirektoren, Remonteamtsadministratoren, Stabszahlmeister, Marinestabszahlmeister, Armeemusikinspekteure, Lotsenkommandeure, Vermessungsdirigenten, Vermittlungsdirigenten, Kartenvertriebsdirigenten, Vorstand der Kartensammlung, Plankammerinspektor bei der Landesaufnahme, Oberärzte und Oberveterinäre.

Unterstaatssekretär Mösle tritt zurück. W. T. B. meldet: Es bestätigt sich, daß ein Rücktrittsgesuch des Unterstaatssekretärs im Reichsfinanzministerium Mösle vorliegt.

Ein neuer Helfferich-Prozeß. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand am Montag die Verhandlung einer Privatklage statt, die der Staatsminister a. D. Dr. Helfferich gegen den Redakteur der Charlottenburger Zeitung „Neue Zeit", Anselm Joel, angestrengt hat. Das Gericht verurteilte den Angeklagten noch eingehender Vernehmung des Staatssekretärs von Kühlmann und des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Michaelis zu 100 Mark Geldstrafe, eventuell 10 Tagen Gefängnis. Der Angeklagte legte gegen das Urteil Berufung ein.

Die Erbin von Lohberg

20] Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem.

(Nachdruck verboten.)

Während der Tafel, die, ganz im großen Stil als Zeremonie aufgefaßt, nichts zu wünschen übrig ließ, sowohl was ihre äußere Pracht als auch die feierlich aufgetragene Speisenfolge betraf, machte Windmüller, während er sich mit seinem Tischnachbarn unterhielt, seine Beobachtungen. Man hatte ihm, als Fremden, den Ehrenplatz neben der jungen Hausherrin gegeben, an deren anderer Seite der Oberförster saß; doch weder dieser noch Windmüller selbst wären ohne ihre Nachbarinnen zur anderen Seite zu einer Unterhaltung gekommen; denn Leonore war mehr als einfilbig und machte den Eindruck, als ob ihr nichts daran gelegen sei, nach rechts oder links ein Gespräch anzuknüpfen; ob die angeschlagenen Themen sie nicht interessierten, oder ob für ein Eingehen darauf ihr das Talent oder die Uebung fehlte —, kurz, ob sie schüchtern oder indolent war, wagte Windmüller noch nicht zu entscheiden. Nun war es zwar eine seiner Gaben, die Leute auch wider ihren Willen zum Reden zu bringen, von denen er etwas zu hören wünschte, aber hier schien seine Kunst versagen zu wollen. Es kam ihm vor, als hätte die junge Erbin unter dem doppelten Einfluß einer starken seelischen Verstimmung sowohl als unter den unausgesetzt auf sie gerichteten Blicken ihrer Mutter, deren kalte Augen sie mit einem Gemisch von Spannung, Abneigung und doch wieder mit einer gewissen Aengstlichkeit beobachteten, welches Windmüller ein Rätsel aufgab, dessen Lösung ihm heute schon natürlich unmöglich war. Aber es vertiefte in ihm den schon vorher gewonnenen Eindruck, daß er nicht umsonst nach Lohberg gekommen war, daß es „tiefe Wasser" sein mußten, in denen das Geheimnis dieser jungen Seele verborgen lag. Er, der alles sah und bemerkte —, eine durchaus notwendige Eigenschaft seines Berufs —, stellte auch fest, daß es nicht nur die Augen ihrer Mutter waren, die sich mit eigenem Ausdruck auf die junge Hausherrin richteten, und daß jedes dieser Augenpaare etwas anderes verriet. Die eigentümlichen, hellen, fast farblosen Augen Ellbachs waren nicht einfach zu lesen, doch kam es Windmüller vor, als ob sie mehr ermahnend als enttäuschend die seiner Stieftochter suchten; ob das daran lag, daß er mehr Selbstbeherrschung als seine Frau besaß, war schwer zu entscheiden. Dann waren es die klaren, scharfen und doch sehr gutmütigen Augen des Oberförsters, die sich oft mit einem ganz eigenen, ja beinahe hilflosen Ausdruck auf das schöne Gesicht seiner jungen Wirtin hefteten, während die offenen, hellbraunen Augen seiner ältesten Tochter bei derselben Gelegenheit ein Gemisch von Erstaunen und Abwehr ausdrückten. Und was Windmüller in den Augen des Rittmeisters von Grünholz las, war einfach eine ganz unverhüllte Bewunderung, gepaart mit einer mühsam beherrschten, kopflosen Leidenschaft.

„Den Mann hats", dachte Windmüller, als er einen dieser Blicke vom anderen Ende der Tafel auffing, wo der Offizier zwischen den Schwestern Volkwitz saß und mit der Aeltesten anscheinend nur wenig sprach, während er alle Mühe hatte, sich schlagfertig gegen die Attacken der Jüngeren zu wehren.

Frau von Grünholz war neben Fritz Volkwitz augenscheinlich die einzige, die ohne besondere Fragen im Blick das Mündel ihres Mannes betrachtete, während der letztere ganz Abstand davon nahm, oder wenigstens zu nehmen schien, seiner Nichte eine auffällige Aufmerksamkeit zu widmen, was Windmüller ebensowenig entging, als alles andere.

In einer jener Gesprächspausen, wie sie auch im Kreise der gewandtesten Unterhaltungskünstler einzutreten pflegen, war es der Oberförster, der an Ellbach eine die ganze Tafelrunde anscheinend interessierende Frage richtet, dann aller Augen richteten sich dabei auf den letzteren.

„Sagten Sie nicht neulich, daß Sie Ihren Herrn Sohn hier erwarteten?"

Ellbach strich mit seiner wohlgepflegten Hand langsam seinen silberweißen Bart und zögerte einen Augenblick mit der Antwort.

„Allerdings", erwiderte er dann. „Leonore war so freundlich, mir zu gestatten, meinen Sohn für einen Teil seines Urlaubs — Sie wissen, daß er Attaché bei der spanischen Gesandtschaft in Tokio ist — einzuladen. Ich fürchte aber, daß es nicht dazu kommen wird, und daß ich wohl nach Berlin fahren muß, um ihn dort flüchtig zu begrüßen, wie ich heute von ihm erfahren habe. Mein Sohn ist infolge des frühen Ablebens seiner Mutter von seiner Großmutter, Frau von Aschau, erzogen worden, wodurch er mir durch die Macht der Umstände ziemlich entfremdet wurde, während das ungemein zartliche Verhältnis zwischen Großmutter und Enkel sich herzlich vertieft hat, daß es mich, ehrlich gesagt, wundernahm, daß meine Schwiegermutter ihm nicht nach Japan gefolgt ist. Nun wollen sich die zwei während der relativ kurzen Urlaubszeit meines Sohnes nicht voneinander trennen. Sie haben sich verabredet, gemeinsam eine Sommerfrische zu besuchen, und da wird mir eben nichts anderes übrigbleiben, als mich mit dem Brocken eines kurzen Wiedersehens in Berlin begnügen."

„Es ist sehr schön von Herrn Ellbach, daß er seine Großmutter, die ihn erzogen hat, nicht verlassen will," sagte Leonore, plötzlich ganz aufmerksam, laut und klar. „Sie hat sicherlich die größeren und besseren Rechte an ihn, und er dies anerkennt und sie ihr nicht verkürzen will, daß er den Mut hat, einzugestehen, die Gesellschaft der alten Frau jeder anderen vorzuziehen, stellt ihm ein sehr gutes Zeugnis aus."

„Leonore!" rief Frau von Ellbach entrüstet. „Du scheinst vergessen zu haben, daß eines Vaters Rechte immer noch vorderen einer Großmutter stehen! Meiner Ansicht nach hätte mein Stiefsohn schon eine, wenn auch noch so kurze Zeit seines Urlaubs uns widmen können."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192012141-10/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 14. Dezember.

Sitzung des Kreistages

Die Pachtung des Bades Neu-Ragoczy abgelehnt

Am Montag vormittag fand im Ständehaus zu Halle unter Vorsitz des Landrats Thiele eine Sitzung des Kreistags statt. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt die Prüfung der Kreiskommunalkassenrechnung, die nach einer Aussprache wieder von der Tagesordnung abgesetzt wurde, weil vorher einer genauen Prüfung unterzogen zu werden. Auf Anfragen des Kreistagsabgeordneten Rittmeister Teubener wurde die Ergebnisse der Kriegswirtschaft im Kreise antwortete Landrat Thiele, daß u. a. die Bewirtschaftung der Fette noch weiterhin stattfinde. Ueberschuß von 160000 Mark ergeben haben. Bei der Kartoffelwirtschaft sei allerdings eine Zuschuß von etwa 52 000 Mark zu verzeichnen. Alles in Allem habe man aber doch durch die Kriegswirtschaftung immer noch einen ziemlich großen Ueberschuß erzielt.

Punkt 2 der Tagesordnung betraf die Zeichnung von 100 Stück der im Besitze des Saalkreises befindlichen Aktien von 1000 Mark der Merseburger Ueberlandbahn A.-G. Für die beschlossenen 100prozentigen Kapitalserhöhung. Die Deckung des Kapitals wird durch den Ausbau der Linie Halle-Leipzig nach Dürrenberg sowie zur Beschaffung weiterer Motor- und zwei Anhängerwagen und die Erweiterung der Wagenhalle in Merseburg erforderlich. Der Kreisausschuß hatte unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse beschlossen, dem Kreistage vorzuschlagen, für die 100 prozentige Kapitalserhöhung 100 Prozent der im Besitze des Saalkreises befindlichen Aktien in Höhe von 50 000 Mark unter den bekannten Bedingungen in Aktien zu zeichnen und den Betrag der fehlenden Mittel zu nehmen. Abgeordneter Rode machte darauf aufmerksam, daß Zweidrittel der Aktien sich bereits im Besitze von öffentlichen Körperschaften befinden. Er forderte daher, die Kommunalisierung der Bahn bei der Provinz zu betreiben. Der Kreistag bewilligte darauf die geforderte Erhöhung des Aktienkapitals und beschloß, dem Antrage Rode stattzugeben. Des weiteren stand zur Beratung der Ankauf der dem Herrn Eskuche gehörigen Schiffsbrücke über die Saale bei Muckrehna. Schon seit längerer Zeit sind die Verhandlungen geführt worden, man hatte sich endlich mit Herrn Eskuche darauf geeinigt, die Schiffsbrücke nebst dazu gehörigen Brücken und Fahrschäufern, sowie dem Fährhaus auf beiden Ufern mit allen Rechten und Pflichten für 100 Mark an die Kommunalverbände des Saalkreises und Mansfelder Seekreises zu verkaufen. In die Kaufsumme eingeschlossen sein das Gelände, welches zum Bau einer Brücke nebst Zufahrtstraßen benötigt wird. Bis zum 1. Dezember hält Herr Eskuche dieses Angebot aufrecht. In der Sache, die sich über diesen Punkt entspann, wurde von verschiedenen Seiten betont, daß die Provinz für diesen Plan zu interessieren sei und ihrerseits einen größeren Betrag zum Ankauf investieren müsse, da die Uebernahme der Brücke sonst eine große Belastung des Kreises mit sich brächte. Der Kreistag schlug darauf, den Ankauf der Brücke nur unter der Bedingung zu nehmen, daß der Mansfelder Seekreis einen größeren Beitrag beisteuere, da er am meisten an der Brücke interessiert sei, und daß die Provinz einen gewissen Prozentsatz der Summe mit übernähme.

Punkt 4. Punkt der Tagesordnung bildeten die Beratungen die

Pachtung des Bades Neu-Ragoczy.

Landrat Thiele faßte die ganze Sachlage noch einmal kurz zusammen. Vom Kreisausschuß ist der Punkt genäußert worden, das Bad für Kreiswohlfahrtszwecke nutzbar zu machen, um z. B. unterernährten Kindern ein Erholungsheim zu schaffen. Die Verhandlungen mit der Besitzerin Frau Ella Vogel haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Sie ist nicht gewillt das Bad oder das umliegende Gelände zu verkaufen, sodaß für den Kreis nur die Erpachtung in Frage kommen kann. Eine Verpachtung ist jedoch bereits erfolgt. Seit dem 1. Mai 1920 läuft ein Vertrag zwischen der Stadt und der Aktiengesellschaft „Brunnenverwaltung Bad Neu-Ragoczy zu Halle a. S.", durch welchen an die Gesellschaft das Bad mit allen Baulichkeiten, allem Inventar und dem Flaschenversand auf 20 Jahre verpachtet worden ist. Die Gesellschaft ist bereit, zugunsten des Kreises von ihrem Pachtverhältnis zurückzutreten, und die Besitzerin ist bereit mit dem Kreise einen anderweiten Vertrag abzuschließen. Die Gesellschaft hat ein Kapital von 400 000 Mark aufgebracht in 400 Aktien zu je 1000 Mark. Davon sind 373 000 Mark voll eingezahlt. Das Geld ist verwendet worden für Verbesserungen und Erweiterungen der Einrichtungen und der Parkanlagen, für Anschaffung von Maschinen zum Brunnenversand, für Parkanlagen und Badekabinen, für einen auf starken Zuspruch angewiesenen Flaschenvertrieb für Heil- und Tafelwasser, für Reklame und für sonstige das Unternehmen betreffende Ausgaben. Der Kreis müßte die 373 Aktien zum Kurswerte erwerben. 80 dieser Aktien befinden sich im Besitze des Oberamtmanns Wentzel, der bereit ist sie unverzinslich zu geben, sodaß insgesamt 293 000 Mark zum Erwerbe des Aktienkapitals erforderlich sein würden.

Als Gegenwerten würde der Bade dafür erhalten: Anlagen, Kohlen, Mobilier usw. eine Summe von 352 487 Mark. Demnach wird die Summe der Gegenwerte noch dadurch, daß von den noch ungedeckten Verbindlichkeiten der Gesellschaft 35 000 Mark übernommen werden sollen, so daß der Gesamtertrag der dem Kreise zufallenden Gegenwerte sich auf 317 487 Mark vermindern würde. Immerhin ist auch dann noch um rund 20 000 Mark höher als die Gesamtaufwendung für Erwerbung des Aktienkapitals von 293 000 Mark.

Mit dem Ankauf von Aktien ist es aber nicht getan. Für Ausstattung und Inbetriebnahme des Bades für Kreiswohlfahrtszwecke müßten bei einer Belegschaft von 50 Personen 200 000 Mark bereitgestellt werden. Es wird außerdem für ärztlichen Zuschüssen aus Kreismitteln zu rechnen sein. Vom Kreise ist es Voraussetzung für pachtweise Ueberlassung des Bades gefordert worden, daß die Verpachtung auf 10 Jahre erfolgt. Die Besitzerin hat sich bereit erklärt, alle Bedingungen zu erfüllen.

Unter Würdigung der vorliegenden Verhältnisse hat der Kreisausschuß vorgeschlagen: Der Kreistag wolle zum Erwerb der Aktien 293 000 Mark und für Einrichtung und Inbetriebnahme der Wohlfahrtsabteilung 207 000 Mark, zusammen 500 000 Mark aus Kreismitteln bewilligen zum Zinsfuß von 4 Prozent und 1¼ Prozent Tilgung, sodaß das gesamte Anlehnen in 38 Jahren zurückgezahlt ist. Der Kreistag wolle eine Kommission ernennen, welche neben dem Vorsitzenden dem Direktor des Wohlfahrtsamtes aus fünf Personen besteht und welche die Aufgabe hat, dem nächsten, vor Ende 1921 stattfindenden Kreistage einen spezialisierten Etat nebst Kostenanschlägen zur Ausführung des Projektes vorzulegen.

Es entspann sich eine lebhafte Aussprache über diese Angelegenheit. Von einer Seite wurde erklärt, man hätte das Gefühl, als ob die Gesellschaft das Unternehmen abstoßen wollte und daß ich deshalb mit einer Pachtung nicht einverstanden erklärte. Landrat Thiele machte darauf aufmerksam, daß eine große Zahl von Bewerbern vorhanden wäre, und man müßte sich rasch zugreifen. Kreistagsabgeordneter Driebusch (S.), machte den Vorschlag, daß man für das Geld, das man Kurzaufenthalten ausgeben wollte, lieber eine kleine Landwirtschaft mit 5 oder 6 Kühen anschaffen sollte, um dort erholungsbedürftige Kinder unterzubringen. Abgeordneter Rittmeister Teubener betonte, daß man die erholungsbedürftigen Kinder in Waldluft schicken müßte, zu diesem Zweck wäre es rationeller, mit Bädern und Luftkurorten Verträge abzuschließen.

Kreistagsabgeordneter Driebusch stellte den Antrag, von der Pachtung des Bades Neu-Ragoczy abzusehen, und mit der Krankenkasse des Saalkreises in Verbindung zu treten betreffs des Erwerbes einer Landwirtschaft, die der Kreiswohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt werden soll. Dieser Antrag wurde angenommen und damit die Pachtung von Neu-Ragoczy abgelehnt.

Es folgten nun die Besprechungen über die Abänderung des Statuts über die Regelung des Hebammenwesens vom 6. April 1900, §§ 7 und 8. Die vorgeschlagenen Aenderungen wurden angenommen und damit eine Erhöhung der Hebammengebühren genehmigt.

Darauf schritt man zur Wahl einiger Amtsvorsteher und deren Stellvertreter. Es wurden gewählt für Trebitz: Gutsbesitzer Kötsch und als Stellvertreter Gutsbesitzer Bethmann; für Möttlich: Gutsbesitzer Heinrich; für Niemberg: stellvertretender Amtsvorsteher Tümpel, und für Nietleben: stellvertretender Amtsvorsteher Koch-Scherben.

Als Mitglied für den Kreisausschuß zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen beim Amtsgericht in Könnern für 1921 wurde Fritz Peter bestimmt. Des weiteren wurden der Gemeinde Zwintschöna 2 Sitze im Amtsausschuß des Amtsbezirks Diesdau zugebilligt.

Punkt 9 der Tagesordnung betraf die Einrichtung eines Kinderheims in Rothenburg. Die Anstalt, bisher ein Kinderhort, soll zu einem richtigen Kinderheim ausgebaut werden, wozu 50 000 Mark nötig sind. Nach längerer Aussprache wurde die Vorlage angenommen.

Des weiteren wurde über eine Beihilfe beraten, die man den bedürftigen Kriegsinvaliden und Kriegsbeschädigten zur Beschaffung von Kohlen und Holz gewähren will. Es wurde der Antrag gestellt, die Vorlage dahingehend zu erweitern, daß auch die alten Kriegsteilnehmer der Kriege von 64, 66, 70 und 71 und der Kolonialkriege, die teilweise in bitterste Not geraten sind, diese Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dieser Antrag wurde teilweise gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Der 11. Punkt der Tagesordnung betraf die Uebernahme einer Bürgschaft in Höhe von 200 000 Mark zur Ansiedlung Kriegsbeschädigter. Auch diese Vorlage wurde auf die Kriegshinterbliebenen erweitert. Der Kreistag beschloß, die Gelder zu dem Zwecke auszuwerfen, Kriegsverletzte und Kriegshinterbliebene, die sich ansiedeln wollen, über die mündelsichere Grenze hinaus zu gewähren. Die Entscheidung auf Unterstützungsgelder soll von Fall zu Fall entschieden werden. Beim etwaigen Wiederverkauf der Siedlung behält sich der Kreis das Vorkaufsrecht vor. Dieser Beschluß wird einstimmig gefaßt.

Zuletzt wurde von den Unabhängigen noch folgender Antrag eingebracht: „Die vom Kreisausschuß am 28. Oktober 1920 beschlossene Verfügung betreffend Erlassung von Gebühren auf Kohlenbezugsscheine wird aufgehoben." Die bereits gezahlten Gebühren werden zurückgezahlt. Der Antrag wurde angenommen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Der Kampf um das „Volksblatt"

Enthüllungen der „Volksstimme".

Der Artikel in der Sonnabendnummer des „Volksblattes": „Das Volksblatt in Gefahr", auf den wir bereits in unserer Sonntagausgabe ausführlich eingingen, gibt der „Volksstimme", dem Organ der Halleschen Mehrheitssozialisten, Veranlassung, nunmehr ihrerseits zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen und gegen die von den Kommunisten erhobenen Anschuldigungen Verwahrung einzulegen. Die gleichfalls angegriffenen Rechtsunabhängigen sind ja „leider" zum Schweigen verurteilt, da ihnen nach dem „Raub" des „Volksblattes" durch die Moskowiter keine Möglichkeit mehr gegeben ist, sich an die Oeffentlichkeit zu wenden. Allerdings will es uns scheinen, als ob „die um Hilfferding und Crispien" der Schriftleitung der „Volksstimme" mancherlei Material zur Verfügung gestellt haben.

Zunächst ist die Erklärung der „Volksstimme" bemerkenswert, daß ihre Parteifreunde jederzeit zu einem außergerichtlichen Vergleich bereit sind, daß andererseits aber ihr Anspruch auf den Kopf der Zeitung „Volksblatt, Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg" unbedingt anerkannt werden muß. Denn den Sozialdemokratischen Verein für Halle-Saalkreis verkörpert eben nach der Ansicht der „Volksstimme" nur die von ihr vertretene Partei, da sie sich zu den demokratischen Grundsätzen des Erfurter Programms bekennt. Die Rechtsunabhängigen hätten indessen durch die Annahme des Leipziger Aktionsprogramms und die Kommunisten durch den Anschluß an die 3. Internationale das Recht verwirkt, als eine „Fortsetzung" des alten Sozialdemokratischen Vereins, des eigentlichen Besitzers des „Volksblattes", angesprochen zu werden. — Auf die großen finanziellen Forderungen, von denen das „Volksblatt" schrieb, scheinen die Mehrheitssozialisten inzwischen verzichtet zu haben. Es gibt freilich auch nicht viel zu „erben", wie aus Folgendem ersichtlich wird.

Wenn wir bereits am Sonntag unserer Verwunderung darüber Ausdruck gaben, daß sich die derzeitigen Besitzer des „Volksblattes", die Kommunisten, ihren feindlichen Brüdern gegenüber so entgegenkommend und verständigungswillig zeigten, obwohl doch die große Masse der Arbeiter geschlossen hinter ihnen stehen soll, so klärt die „Volksstimme" in dieser Beziehung mancherlei auf. Danach droht dem „Volksblatt" die größte Gefahr infolge seiner ungünstigen Finanzlage. So sind im letzten Halbjahr allein die Papierschulden auf 300000 Mark angewachsen, während aus der Volksbuchhandlung keine nennenswerte Gewinne erzielt worden sind. Die „Volksstimme" wirft im Anschluß hieran die Fragen auf: „Wir sind neugierig, in wessen Hände der Warenbestand und der Wert der Einrichtung des Ladens gelangt sind. Sind sie vielleicht zum kommunistischen Privateigentum des Geschäftsführers umgewandelt worden? Warum weigert sich dieser, den Gesellschaftern Rechnung über sein Geschäftsgebaren abzulegen?" — Wir wollen nicht gleich den Stab brechen über den geschäftsführenden Genossen. Er ist sicherlich sehr gesinnungstüchtig, aber eben weniger geschäftstüchtig, da er wahrscheinlich Nichtfachmann ist. Und so weiß er auf seinem verantwortungsvollen Posten, wie mancher seiner noch „größeren" Genossen, halt nicht mehr, wo aus noch ein. Vielleicht hat auch die Gastfreundschaft der Russen anläßlich des Parteitages das Geschäftsunkosten-Konto des „Volksblattes" etwas sehr belastet. Schlecht gelebt haben ja Herr Apfelbaum und Genossen hier nicht gerade.

So interessant auch die Ausführungen der „Volksstimme" sind, so tragen sie doch wenig dazu bei, die Rechtslage des Streites zu klären. Diese Aufgabe wird wohl letzten Endes schon der „bürgerlichen Klassenjustiz" vorbehalten bleiben. Jedenfalls wird sich die Hoffnung der plötzlich auf Versöhnung und Verständigung gestimmten Kommunisten nicht erfüllen, die Streitfrage auf außergerichtlichem Wege zu lösen. Und so wird man „der bürgerlichen Gesellschaft dieses Schauspiel schon bieten" müssen, wie das „Volksblatt" wehleidig schreibt. #

— **Paul Bender-Liederabend.** Der berühmte Münchener Meistersänger wird heute abend in der Degenloge (Anfang 8 Uhr) wiederum das Hallesche Publikum zur Begeisterung führen. Diesmal wirkt am Bechstein-Flügel einer der besten Begleiter: Michael Raucheisen. Karten bei Reinhold Koch und an der Abendkasse.

— **Deutschvölkische Jungschar: Zusammenkunft heute abend 8 Uhr Magdeburger Straße 47 (Dr. Blümel).** Vollzählig erscheinen!

— **Paulusgemeinde.** Der neugegründete Bund der Christusgläubigen hält am Mittwoch, abends 8 Uhr, seine erste öffentliche Versammlung im Gemeindehaus, bei der das Programm des Bundes entwickelt und über die Kirchenwahl gesprochen werden soll. Alle kirchlich interessierten Männer und Frauen der Gemeinde sind bei freiem Eintritt dazu eingeladen; freie Aussprache

Volkswirtschaft

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Berlin, 13. Dezember. Die rückläufige Kursbewegung machte heute an der Börse weitere und nicht unerhebliche Fortschritte. Die Gründe hierfür sind die gleichen, die bereits in der Vorwoche und noch früher den Abbau der Börsenkurse eingeleitet haben. Besonders umfangreich waren aber die zum Verkauf gestellten Werten nicht. Doch genügte bei der zurzeit herrschenden Geschäftsunlust auch verhältnismäßig geringes Angebot, um die Kurse stärker zum Weichen zu bringen. Die Rückgänge bewegten sich ziemlich gleichmäßig auf allen Marktgebieten und betrugen durchschnittlich 10 Prozent und vereinzelt auch 20 Prozent. Bei Hamburg-Südamerika-, Thale- und Bismarck-Aktien erreichten sie 30 Prozent. Nach Erledigung der anfänglichen Verkaufsaufträge fanden in einigen Papieren, wie z. B. Hamburg-Südamerika und Theodor Goldschmidt ziemliche Schwankungen auf den ermäßigten Kursstand statt und andere Papiere, wie Harpener, Phönix und Adlerwerke-Aktien vermochten mit ziemlichem Geschäft unter Schwankungen die anfänglichen Verluste wieder einzuholen. Bei unverändert stillem Geschäft bekundete dann die Börse allgemeine gute Wiederstandskraft. Bankaktien und Valutawerte waren unverändert gut gehalten und Rentenwerte veränderten ihren Kursstand nur unerheblich.

Produktenmarkt. Berlin, 13. Dezember. Am Produktenmarkt wird es immer stiller und die inländischen Warenbesitzer scheinen sich bereits damit abgefunden zu haben, daß sie ihre Warenbestände nicht abstoßen können. Ihre letzten Forderungen halten sie aber in der Hoffnung aufrecht, sie später wieder durchsetzen zu können. Dies gilt besonders von Erbsen aller Art, für Ackerbohnen und Wicken, sowie auch für Lupinen und Serradella. In der Geschäftslage und in den Preisen für Mais hat sich nicht viel verändert. Wetter bedeckt. Schnee.

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	13. Dezember	11. Dezember
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	230–250	230–250
„ kleine	180–190	180–190
Futtererbsen	160–165	160–165
Linsen	—	—
Peluschken	148–153	150–155
Ackerbohnen	160–168	160–168
Wicken	145–152	148–155
Lupinen, blaue	65–75	65–67
„ gelbe	85–100	85–100
Seradella, alte	85–95	85–95
„ neue	85–95	85–95
Vicia villosa	—	—
Raps	398–400	400–402
Rübsen	5–10	5–10
Leinsaat	320–350	320–350
Mohn	620–660	630–660
Senfsaat	200–220	200–220
Hirse, in- u. ausländische	162–170	162–170
Donaubirse	—	—
Trockenschnitzel	76–80	76–80
Torfmelasse	65–67	65–67
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	38–40	38–40
Kleeheu	—	—
Stroh, drahtgepreßt	24½–26	24½–26
„ gebündelt	23½–24	23½–24
Roggen-Langstroh	24½–25	24½–25
Runkelrüben	8–8½	8½–9
Möhren, rote	17½–18	17½–18
„ gelbe und weiße	15½–16	15½–16
Mais, loko ab Hamburg	—	—
„ per Dezember	175–176	176–178

Leipziger Notierungen. Leipzig, den 13. Dezember.

Chemnitzer Bankverein	201,–	Leipziger Malzfabrik	155,–
Leipziger Hypothekenbank	150,–	Mansfelder Kuxe	4575,–
Mitteldeutsche Privatbank	206,–	Oebenitzer Kuxe	—
Gröllwitzer Papierf.	342,–	Pittler, Leipzig	415,–
Glauziger Zuckerfbr.	1020,–	Prehlitzer Stamm-A.	—,–
Gr. Leipziger Straßenbahn	155,–	„ Prioritäts-Akt.	2000,–
Hallesche Zuckerraff.	385,–	„ „	—,–
Portland-Zement	170,–	Riebeckbier	234,–
Hugo Schneider, Paunsdorf	335,50	do. Vorzugsaktien	120,–
Körbisdorfer Zukerf.	—,–	Rositzer Zuckerfabr.	376,–
Leipziger Kammgarnspinnerei	518,–	Rudelsburger Zementfabrik	149,–
		Sachsenwerk	442,–
		Sondermann & Stier	250,–
		Stöhr & Co.	610,–
		Zimmermann, Halle	172,–
		Zimmermann, Chemnitz	233,–

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 13. Dezember. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 98–99%	1675/1725	Orig.-Hütten-Aluminin, in Walzdraht od. Drahtwaren	3450/3550
Orig.-Hütten-Weichblei	670/680	Zinn (Banca-Straits-Billton)	5850/6000
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	770/780	Hüttenzinn (mind. 99%)	—/–
Remelted-Platten-Zink	480/500	Reinnickel (98-99%)	4550/4650
Orig.-Hütten-Aluminin. 98-99% in gekerbten Blöcken	3300/3400	Antimon (Regulus)	900
		Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	1210-1220
		Elektrolytkupfer	2380

Letzte Devisenkurse. Berlin, 13. Dezember

	Geld	Brief
Brüssel-Antwerpen	457.–	458.–
Italien	276.20	256.80
New York	74.29½	74.45½
Paris	43.55	43.45
Schweiz	113.85	114.15
Spanien	951.–	953.–
Wien (alles)	—.–	—.–

Heute abend Degenloge (Paradeplatz)

Deutschlands größter Liedersänger

Paul Bender (Bass)

am Bechstein-Flügel Michael Raucheisen. Karten bei Reinhold Koch und an der Abendkasse.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten i. V.: Ernst Wesserschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Heising; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Für den Anzeigenteil: Paul Perber, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192012141-10/fragment/page=0003

Kurs der Berliner Börse vom 13. Dezember.

(Bis 2 Uhr feststellbare Kurse und vollständige Vortagskurse.)

Die Fabrik von den Kurs der Aktien enthält den Zinsfuß, bei den Aktien die erste Rubrik die vorherige, die Zweite die letzte Dividende. Die Buchstaben hinter dem Kurs bedeuten B (Brief) = Angebot ohne einzelne gekennzeichnete Käufe, G (Geld) = unbedingte Nachfrage, ohne Geld = nur teilweise bedingte Nachfrage (Bezahlt Brief) — nur teilweise erledigte Verkaufsaufträge, b (bezahlt) = Ausführung

Bankdiskont.

Reichsb. Disk. 3%, Lombardzinsfuß 4, Holland 3½%, Belgien 5%, Christiania 7%, Kopenh. 7%, Helsingfors 8%, Italien 6%, London 7%, Neuyork 4%, Paris 6%, Schweiz 4%, Spanien 5%, Wien 4½%, Tschechoslow. 6%, Budapest 6%, Bukarest 7%, Danzig 4%, Danzig 4%, Danzig 4